

Diedersdorfer Impulse ¹

I.

Bürgerschaftliches Engagement ist für eine vitale Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt unabdingbar. Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren, gestalten ihr Gemeinwesen aktiv mit, bauen ihr soziales Netzwerk aus, steigern ihr psycho-soziales Wohlbefinden und tragen etwas zu ihrer eigenen Gesunderhaltung bei. Die großen Herausforderungen, denen wir uns in Politik und Gesellschaft gegenüber sehen — sei es Integration, demografischer Wandel, Reform des Bildungswesens oder Umbau des Sozialstaats kann der Staat nur zusammen mit einer aktiven und engagierten Bürgergesellschaft erfolgreich bewältigen. Lösungen müssen gemeinsam von Staat, zivilgesellschaftlichen Akteuren, Wissenschaft und Wirtschaft entwickelt und umgesetzt werden.

II.

Die künftige Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in einer alternenden Gesellschaft wird immer mehr davon abhängen, ob es gelingt, das Engagementpotenzial älterer Menschen noch stärker zu verwirklichen. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird in den kommenden Jahrzehnten sowohl absolut als auch relativ ansteigen. Die bisherigen drei Erhebungswellen des Freiwilligen surveys belegen eindrucksvoll, dass sich die Beteiligung der Gruppe der „jungen Alten“ am bürgerschaftlichen Engagement im letzten Jahrzehnt deutlich erhöht hat. Hier kommen sowohl die veränderten Bedingungen des Alterns als auch generationenspezifische Erfahrungen der „Post-1968er-Generation“ in Westdeutschland und der Bürgerbewegung in Ost-Deutschland zum Tragen. So verweist die gerontologische Forschung darauf, dass die jüngeren Rentnergenerationen über einen vergleichsweise guten Gesundheitszustand verfügen, materiell relativ gut abgesichert sind und somit eine verlängerte Phase des „dritten Lebensalters“ gestalten dürfen. Für den quantitativen Ausbau und die qualitative Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen waren die gesellschaftlichen Bedingungen vermutlich noch nie so günstig wie zur Zeit.

¹Ein Diskussionsergebnis des 5. Forums Bürgergesellschaft „Eckpunkte einer Engagementstrategie für Ältere“ der Stiftung Bürger für Bürger am 23. und 24. April 2010 in Diedersdorf bei Berlin.

III.

Trotz dieser günstigen Bedingungen beteiligen sich längst nicht alle älteren Menschen am bürgerschaftlichen Engagement. Dies liegt zum Teil an fehlendem Interesse bzw. einem anderen Lebensentwurf oder hinderlichen individuellen Bedingungen, zum Teil aber auch an fehlenden Informationen, Gelegenheiten zum Einstieg in das Engagement und widrigen Rahmenbedingungen. Nach wie vor sind Praktiken der Altersdiskriminierung in allen Bereichen der Gesellschaft keineswegs verschwunden. Auch ist es – trotz der durchaus intensiven und lang anhaltenden Bemühungen – bis heute nicht gelungen, ein neues Leitbild des „aktiven“ und „produktiven“ Alters zu etablieren. Damit stoßen ältere Menschen, die sich in ihrem sozialen Umfeld und darüber hinaus beteiligen und praktisch mitwirken wollen, immer noch auf Widerstände, Barrieren und Unverständnis. Es ist deshalb eine gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges, die Rahmenbedingungen für das Engagement älterer Menschen zu verbessern und mögliche Hindernisse abzubauen.

IV.

Zentrale Eckpunkte einer Strategie für das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen sollten sein:

1. Der wesentliche Teil des bürgerschaftlichen Engagements findet vor Ort bzw. in den kommunalen Gebietskörperschaften statt. Es ist daher zentral, die **Rahmenbedingungen für Engagement auf Quartiers- und kommunaler Ebene** auch unter Bedingungen prekärer Finanzausstattung der Kommunen sicherzustellen. Dabei geht es sowohl um die Beteiligung älterer Menschen an der Gestaltung kommunaler Daseinsvorsorge als auch um ihre Beteiligung an Entscheidungen, die sie im kommunalen Nahraum unmittelbar betreffen. Ältere Menschen sollten mit ihrem Erfahrungswissen und ihren Ressourcen sowohl als Initiatoren als auch als Mitwirkende in lokalen Projekten und Initiativen gewonnen und als Entscheidungsträger unterstützt werden. So kann insbesondere in den Bereichen Integration, Bildung sowie häusliche Pflege und Betreuung eine nachhaltige Verbesserung erreicht werden.
2. Die Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements sowie die Entwicklung einer nationalen Engagementstrategie ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die nur im **Zusammenwirken von Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft** realisiert werden

kann. Erfahrungsaustausch, wechselseitige Lernprozesse sowie die Entwicklung gemeinsamer Vorhaben setzen geeignete Formen und Rahmenbedingungen voraus. Für die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements allgemein sowie speziell für das Engagement älterer Menschen ist es unabdingbar, dass Bund, Länder und Kommunen bei der Entwicklung förderlicher Rahmenbedingungen enger zusammenarbeiten und ihre Programme und Vorhaben besser aufeinander abstimmen. Auch die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Institutionen, Wirtschaftsunternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sollte weiterentwickelt werden. „Projektruinen“, die sich aus ungeklärten Folgefinanzierungsregelungen ergeben, müssen zukünftig vermieden werden. Insbesondere trisektorale Netzwerke auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene sollten durch aktives Mitgestalten von Akteuren aus allen gesellschaftlichen Bereichen bei der Erfüllung ihres Auftrages aktiv unterstützt werden. So könnte eine neue Beteiligungs- und Anerkennungskultur geschaffen werden, die ihrerseits Motor wäre für eine weitere Integration und Teilhabe älterer Menschen.

3. Um vielfältiges bürgerschaftliches Engagement Älterer zu fördern, müssen die Rahmenbedingungen für eine **nachhaltige Infrastruktur** und für die Stabilisierung von Engagement und Partizipation älterer Menschen weiterentwickelt werden. Es ist zu prüfen, inwiefern ein bundeseinheitliches nachhaltiges Förderinstrument geschaffen oder aber als Bestandteil des im Koalitionsvertrag vorgesehenen Gesetzes für bürgerschaftliches Engagement entwickelt werden kann. Dabei sollten insbesondere die bewährten Plattformen sowie vorhandene Strukturen für Beratung, Vernetzung und Koordinierung institutionell gefördert werden. Angesichts des gesellschaftlichen Nutzens von bürgerschaftlichem Engagement, ist die öffentliche Förderung von Engagement-Infrastruktur eine wichtige Aufgabe.
4. Die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement Älterer zu verbessern, ist Aufgabe aller engagementbindenden Organisationen. Öffentliche Institutionen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen sollten ihre **Strukturen stärker für bürgerschaftliches Engagement Älterer öffnen**. Dies umfasst neben Beteiligungsangeboten insbesondere eine entsprechende Qualifizierung für Engagierte und Hauptamtliche.
5. In den letzten Jahren sind im Bereich des Seniorengagements und der Selbsthilfe unterschiedliche Verbände, Arbeitsgemeinschaften und Netz-

werke entstanden. Um eine wirksame Interessenvertretung und Verbesserung der Unterstützung älterer Menschen in ihrem Engagement zu erreichen, sind diesen Netzwerken und zivilgesellschaftlichen Akteuren eine **engere Zusammenarbeit in der Praxis** und vermehrte gemeinsame Aktivitäten zu empfehlen. Dabei wäre auch zu prüfen, inwieweit die Zusammenarbeit mit anderen Infrastruktursäulen intensiviert werden könnte.

6. Das staatliche **Zuwendungsrecht** ist so wirksam wie möglich anzuwenden und zu entbürokratisieren, um die eigenständige Aufgabenerfüllung der jeweiligen Zuwendungsempfänger zu erleichtern. Es sind aber auch innovative Finanzierungswege z.B. über Stiftungen (auch Bundesstiftung) zu gehen.
7. Die **wissenschaftliche Forschung** zum bürgerschaftlichen Engagement insgesamt sowie zum Engagement älterer Menschen muss verstärkt gefördert werden. Dies gilt sowohl für Grundlagenforschung als auch für angewandte Forschung sowie die Ressortforschung von Bundes- und Landesministerien. Ein näher zu bestimmender Anteil der bereitstehenden Forschungsmittel im Rahmen der Ressortforschung sollte für bürgerschaftliches Engagement reserviert sein. Dabei sollte eine unabhängige Evaluation der Wirkungen sichergestellt werden.
 - a) Es bedarf einer besseren Koordinierung und Vernetzung vorhandener Forschungsvorhaben und -aufträge. Entsprechende Service- und Vernetzungsstellen sollten in geeigneter Form entwickelt und angeboten werden.
 - b) Die Erhebung amtlicher statistischer Daten zum bürgerschaftlichen Engagement auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene ist sicherzustellen (zum Beispiel mittels des Mikrozensus). Dabei ist auf eine nach Altersstufen differenzierte Erfassung des Engagements zu achten.